Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,250
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.
Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 57. Dienstag den 26. Februar 1878. 72. Jahrgang.

Neuerliche Vorkommnisse veranlassen uns, die Ueberlassung im hiesigen Stadtbezirke gelegener Locale oder Plätze, behufs der Benutzung zu Zweikämpfen, den Besitzern unter Androhung einer Geldstrafe bis zu Dreihundert Mark oder verhältnißmäßiger Haftstrafe hiermit zu verbieten.

Leipzig, am 25. Februar 1878.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder.

Bekanntmachung.

Die beim Bau der Brücke über den Elstermühlgraben in Verlängerung der Canalstraße erforderlichen Eisen- und Anstreicharbeiten, bestehend aus dem eisernen Oberbau, eisernen Geländer ꝛc., sollen in Accord vergeben werden.

Geeignete Unternehmer und Eisenwerke, welche derartige Arbeiten bereits ausgeführt haben und sich bei dieser Submission betheiligen wollen, werden hierdurch aufgefordert, die auf unserem Bauamte ausliegenden Zeichnungen und Bedingungen einzusehen und ihre Offerten unterschrieben, versiegelt und mit der Aufschrift: **Eisenarbeiten für die Funkenburgbrücke** versehen bis zum **4. März d. J.** Nachmittags 5 Uhr ebendaselbst abzugeben.

Leipzig, den 13. Februar 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wangemann.

Bekanntmachung.

Längs des Grundstücks der höheren Töchterschule am Schletterplatz sollen circa 300 □m Trottoirplatten und 154 laufende Meter Granitschwellen verlegt und die Ausführung dieser Arbeiten auf dem Wege der Submission vergeben werden.

Diejenigen Steinmetzmeister, welche gesonnen sind, sich bei der Submission zu betheiligen, können Pläne und Bedingungen auf unserem Bauamt (Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 1) einsehen und haben ihre Offerten mit der Aufschrift „**Trottoirlegung bez. Schwellenlegung an der Töchterschule**" spätestens bis 5. März d. J. Nachmittags 5 Uhr, unterschrieben und versiegelt, ebendaselbst einzureichen.

Leipzig, den 25. Februar 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wangemann.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Das neue Schuljahr beginnt in **der höhern Abtheilung**, deren **Reifezeugnisse zum einjährigen Freiwilligendienste berechtigen, am 25. April.** Anmeldungen für dieselbe erbittet sich der Unterzeichnete in den Wochentagen von 10 bis 12½ Uhr und Prospecte sind im Schulgebäude zu haben.

Dr. Odermann, Director.

Bekanntmachung.

1. Der **officielle Anfang** der **diesjährigen Ostermesse** fällt auf den **6. Mai** und es endigt dieselbe mit dem **25. Mai.**

2. Während dieser drei Wochen können alle **in- und ausländischen** Handelsleute, Fabrikanten und Gewerbetreibende ihre Waaren hier öffentlich feil bieten. Doch kann der Großhandel in der bisher üblichen Weise bereits in der zum Auspacken bestimmten Vorwoche, vom 29. April an betrieben werden.

3. Das **Auspacken** der Waaren ist den Inhabern der Meßlocalien in den Häusern ebenso wie den in Buden und auf Ständen feilhaltenden Verkäufern in der Woche vor der Böttcherwoche gestattet. Zum **Einpacken** ist das Offenhalten der Meßlocale **in den Häusern** auch in der Woche nach der Zahlwoche gestattet.

4. Jede frühere Eröffnung, sowie jedes längere Offenhalten eines solchen Verkaufslocales wird, außer der sofortigen Schließung desselben, jedesmal, selbst bei der ersten Zuwiderhandlung, mit einer Geldstrafe bis zu 75 ℳ geahndet werden.

5. Personen, welche mit dem in §. 55 der deutschen Gewerbeordnung vorgeschriebenen Legitimationsscheine nicht versehen sind, dürfen bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder entsprechender Haftstrafe den Hausirhandel während der Messe nur nach eingeholter Erlaubniß des Polizeiamtes und auch mit dieser nur in den eigentlichen drei Meßwochen betreiben.

6. Auswärtigen Spediteuren ist von der hauptzollamtlichen Lösung des Waarenverschlusses an bis mit Ende der Woche nach der Zahlwoche das Speditionsgeschäft hier gestattet.

Leipzig, den 19. Februar 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin.

Bekanntmachung.

Zum Behuf der gegen das Ende jedes akademischen Halbjahres zu haltenden Revision der Universitätsbibliothek werden diejenigen Herren Studirenden, welche Bücher aus derselben entliehen haben, aufgefordert, diese während der Zeit vom 27. Februar bis 1. März gegen Zurückgabe der Empfangsbescheinigungen abzuliefern. Die Ablieferung wird in der Weise zu geschehen haben, daß diejenigen, deren Namen mit einem der Buchstaben von **A** bis **H** anfangen am 27. Februar (früh von 10—1 Uhr), die deren Namen von **J** bis **R** beginnen, am 28. Februar (früh von 10—1 Uhr) und die Uebrigen am 1. März (früh von 11—12 Uhr und Nachmittags von 2—4 Uhr) abliefern.

Alle übrigen Entleiher werden aufgefordert, die an sie verliehenen Bücher am 7., 8. oder 9. März (während der gewöhnlichen Oeffnungsstunden) zurückzugeben.

Während der Revisionszeit (27. Februar bis 18. März) kann eine Ausleihung von Büchern nicht stattfinden. Ebenso wird während derselben das Lesezimmer geschlossen bleiben.

Leipzig, den 25. Februar 1878.

Die Direction der Universitätsbibliothek.
Dr. Krehl.

Leipzig, 25. Februar.

Die Steuerdebatte im Reichstage ist vorüber. Zwei Tage hat die Redeschlacht gewährt, und alle Parteien des Reichstages von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, hervorragende Capacitäten des Parlaments wie der Regierung haben daran Theil genommen. Und was ist dabei herausgekommen? Die Ueberführung der vorgelegten Entwürfe in den stillen Friedhof der Budgetcommission und der ziemlich sichere Rücktritt ihres Urhebers, des preußischen Finanzministers Camphausen. Seit Wochen und Monaten wird die Frage der Steuerreform erörtert, die Sperlinge pfeifen es von den Dächern, daß der Reichstag und dessen ausschlaggebende Partei, die nationalliberale, sich nicht auf eine nackte Erhöhung, sondern nur auf eine Reform einlassen will, welche die Finanzpolitik des Reiches ordnet und, indem sie diese auf eigene Füße stellt, zugleich die Einzelstaaten entlastet, dabei aber das Steuerbewilligungsrecht des Reichstages, welches mit der Ersetzung der Matricularbeiträge durch indirecte Steuern gefährdet würde, durch verfassungsmäßige Bürgschaften sicher stellt und zwar im Wege einer Organisation der Reichsregierung und insbesondere der Reichsfinanzverwaltung im Sinne einer parlamentarischen Regierung. Camphausen hat aber von alledem Nichts gehört; es ist, als ob er und nicht Bismarck in Varzin oder auf irgend einem stillen Eiland fern vom Brausen der Welt zugebracht hätte. Ganz gemüthlich, als ob gar Nichts vorgefallen, Nichts im Werk und Werden sei, hüpft er herein und schlägt eine Tabaksteuer-Erhöhung vor, die sich wie eine Nothmaßregel ausnimmt und bei der von Reform Nichts, von constitutionellen Bürgschaften erst recht Nichts zu spüren ist. Ist Das die Art, in schwierigen Zeiten schwierige Dinge durchzusetzen, tiefliegende Uebelstände abzustellen, dem Reich auf die Beine zu helfen und es von Grund aus finanziell zu regeneriren? Das ganze Auftreten Camphausen's mußte den Eindruck machen, als ob er nur auf einen Behelf sänne, um das Deficit los zu werden, von weitgreifenden, weitaussehenden Plänen aber, wie Fürst Bismarck sie verlangt, Nichts wissen wollte. Wie mußten daher die Reichsboten, wie mußten wir Alle erstaunen, als Camphausen sich plötzlich im Verlaufe der Sonnabend-Debatte, durch eine Rede Lasker's gereizt, demaskirte und dem verwunderten Publicum das Gesicht eines schon vor Jahr und Tag bekehrten Monopolisten zeigte? Davon, daß die vorgeschlagene Steuererhöhung nur ein Durchgang zum Monopol sein sollte, hatte Nichts in den Motiven des Entwurfs gestanden; auch hatte Camphausen am Freitag Nichts der Art angedeutet, vielmehr noch den Gegner des Monopols gespielt und dessen Schwierigkeiten hervorgehoben. Was nützte es nun, daß der Reichskanzler seinem Collegen eine Art von Bürgschaftsschein ausstellte und ihn als Monopol-Glaubensgenossen anerkannte, was nützte es, daß Camphausen ihm dafür dankbar die Hand schüttelte? Eine gewisse Versöhnung der beiden Staatsmänner mochte damit wohl erreicht sein (wobei indeß auch klar wurde, daß es einer solchen Versöhnung bedurfte); aber beim Reichstage hatte Camphausen das Spiel verloren. Am Freitag war er nur mit seinen Entwürfen unterlegen: am Sonnabend aber, indem er seinen Standpunct von gestern halb und halb selbst desavouirte, unterlag er persönlich. Das Schicksal, welches die Vorlagen in der Commission erwartet, kann nicht zweifelhaft sein; von allen Seiten des Hauses erlegt, werden sie dort keine Auferstehung feiern können, und da Camphausen erklärte, daß er mit den Vorlagen stehe und falle, daß er nicht fortregieren wolle, ohne der freundlichen Zustimmung der Parteien im Reichstage gewiß zu sein, so wird seine Amtsführung die Entwürfe wohl nicht lange überleben. Es ist schmerzlich, daß er so enden, daß ein so verdienstvoller Staatsmann auf diese Weise als Opfer fallen muß. Vielleicht aber wird er uns damit den Dienst eines Curtius erweisen, der in den Abgrund stürzt, um die Kluft zu schließen, an der die Leitung des Reiches krankt. Und wenn dies das Ergebniß der sonst so unerquicklichen Steuerdebatte sein wird, wenn sie die unentrinnbare Nothwendigkeit dargethan haben wird, der Zerfahrenheit in der Reichsverwaltung ein Ende zu machen und schleunigst an ihre Reform zu gehen, wenn die Erkenntniß dieser Nothwendigkeit die bevorstehende Berathung des Stellvertretungsgesetzes wie ein guter Geist umschweben und sie zu glücklichem Ziele fördern wird —, so werden auch diese Verhandlungen ihre Sendung erfüllt haben; die bittere Schale wird abfallen und vergessen werden, und ein gesunder Kern wird zurückbleiben, fruchtbringend für die Fortentwickelung des Reiches.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 25. Februar.

Bei dem Reichskanzler Fürsten Bismarck fand am Sonnabend Abend eine stark besuchte parlamentarische Soirée statt. Die „Post" meldet darüber: Man bemerkte unter den Anwesenden eine große Anzahl von Mitgliedern des Bundesraths, Minister der Bundesstaaten, mehrere der preußischen Minister, sowie die Herren General-Postmeister Stephan und Minister Delbrück. Auch eine ungewöhnlich große Anzahl von Damen war anwesend, darunter Frau v. Spitzenberg, Frau v. Rudhardt, die Fürstin Lynar, Gräfin v. Bethusy-Huc mit zwei Töchtern, Frau Stephan, Frau Krüger, Frau von Kotze, Frau Haupt aus Hamburg, Fräulein Jordan. Die Unterhaltung drehte sich natürlich hauptsächlich um die letzten parlamentarischen Vorgänge, doch wurde auch die auswärtige Politik berührt. Der Eindruck war der, daß die Situation doch etwas gespannter sei, als es nach den letzten Nachrichten den Anschein hatte, Rußland vielmehr die Vortheile seiner Lage jetzt gegen England ausbeuten zu wollen scheine. Die Soirée wird die letzte in dem alten Palais gewesen sein; die nächste dürfte schon in dem neuen Gebäude stattfinden.

Das „Deutsche Montagsbl." berichtet über den Abend: Die an und für sich beschränkten Räume der alten Wohnung waren so gefüllt, daß die Anwesenden sich nur mit Mühe bewegen konnten. Von Reichstagsabgeordneten waren u. A. Bennigsen, Forckenbeck, Lasker, Graf Bethusy, v. Helldorf, Hänel, Klotz, Löwe ꝛc. erschienen; auch Delbrück, mit welchem der Reichskanzler sich längere Zeit unterhielt, hatte sich eingefunden. Mit Ausnahme des Centrums bemerkte man fast alle Fractionen, auch die Fortschrittspartei war stark vertreten. Der Bundesrath war fast in corpore erschienen; außerdem bemerkte man den Oberbürgermeister von Köln, Dr. Becker, wie die Minister Friedenthal und Kameke. Wohl nicht ohne Absicht blieben die Vorgänge der Sonnabend-Sitzung unberührt (vgl. jedoch oben); Fürst Bismarck erging sich vielmehr im Erzählen harmloser Dinge; auch das neue Hofceremoniell wurde lebhaft besprochen. An dem bekannten langen Tische, allwo Bier in Krügen geschenkt wurde, hatten gegen 10 Abgeordnete Platz genommen, mit denen der Reichskanzler sich eingehend unterhielt. Die hohe Politik wurde nicht berührt, nur en passant kam man auf die Steuervorlagen zu sprechen. Fürst Bismarck meinte, die Sache sei gar nicht so tragisch und ernst zu nehmen, um daraus eine Cabinetsfrage zu machen. (?) Sollte die Tabaksteuervorlage abgelehnt werden, so werde man sich danach umsehen müssen, auf welchem Wege dem Reiche neue Einnahmen zuzuführen seien. Im Allgemeinen machte es auf die anwesenden Abgeordneten den Eindruck, als wenn der Reichskanzler sehr leicht und cavalierement über diese Sachen hinwegginge. Fürst Bismarck entschuldigte sich noch, daß seine Gäste in den beschränkten Räumen manche Bequemlichkeit entbehren müßten; in vierzehn Tagen hoffe er jedoch, sie in seinem neuen Heim, dem ehemaligen Palais Radziwill, begrüßen zu können. Nach 11 Uhr trennte sich die Gesellschaft.

Es giebt bekanntlich Bilder, deren Augen auf den Betrachter gerichtet scheinen, wo derselbe auch sich aufstellen mag. Die Bismarck'sche Orientrede gleicht diesen Bildern; in jedem Lande bezieht man dieselbe auf die eigene Politik. Wir reproduciren heute noch einige der bemerkenswerthesten auswärtigen Journalstimmen. Die „Times" schreibt:

„Fürst Bismarck erblickt augenscheinlich Nichts in den vorgeschlagenen Friedensbedingungen, was er im Interesse Deutschlands zu beanstanden brauchte und er ist nicht vorbereitet, deutsches Blut oder Geld für irgend welche anderen Interessen aufs Spiel zu setzen. Es wird bemerkenswerth, daß er sich jeder Wiederholung der vorher gegebenen Versicherung enthält, daß, wenn österreichische Interessen afficirt werden sollten, Deutschland dies nicht gleichgültig mit ansehen würde. Seine Politik wurde von Lord Beaconsfield zum Beginne der Session genau beschrieben. Es ist ohne Zweifel eine patriotische Politik, aber es ist auch, sei es in einem guten oder bösen Sinne, eine selbstsüchtige. Er nimmt thatsächlich die Haltung eines starken bewaffneten Mannes an, dessen Eigenthum gesichert ist. Er ist völlig vorbereitet, sich selber zu schützen, insbesondere so lange er es vermeidet, seinen Nachbarn irgend einen nutzlosen Anstoß zu geben. Er blickt daher mit einer halb cynischen Gleichgültigkeit auf die Aufregung und die Bestürzung anderer Staaten herab und giebt ihnen im Voraus zu verstehen, daß er Deutschland kein Risico für irgend einen derselben laufen zu lassen beabsichtige. Das thatsächliche Resultat ist wohl, daß Deutschland im Congreß seine moralische Unterstützung den von Rußland vorgeschlagenen allgemeinen Friedensbedingungen leihen, aber nicht vorbereitet sein wird, irgend einer andern Macht in deren Bekämpfung hindernd in den Weg zu treten."

Das „Journal des Débats" seinerseits läßt sich folgendermaßen vernehmen:

„In seinem persönlichen Werke hat Herr v. Bismarck eine ziemlich geringe Anhänglichkeit für die Verträge an den Tag gelegt und sich um Europa und seine Interessen blutwenig gekümmert; aber, wie es scheint, hat auch ihn der Erfolg conservativ gestimmt. „Jede Aenderung an dem Frieden von 1856", sagt er, „erfordert die Sanction der Vertragsmächte." So stellt sich Herr v. Bismarck entschlossen auf den Boden des europäischen Rechts. Er giebt nicht zu, daß Rußland seinen Sieg mißbrauche. Neben der Gewalt ruft er das Recht an und empfiehlt es zur Beachtung. Was aber die moralische Umwandlung, die mit ihm vorgegangen, deutlich erkennen läßt, das ist die Sprache, die er hinsichtlich des Congresses führt. Es ist allgemein bekannt, wie wenig ihm sonst Kundgebungen dieser Art einleuchteten und jetzt scheint Niemand eifriger, als er, auf den Zusammentritt der Bevollmächtigten zu dringen.... Welche Rolle gedenkt dann aber der deutsche Reichskanzler seinem Lande auf dieser Conferenz zuzutheilen? Er erklärte mit viel Takt und Mäßigung, daß Deutschland nicht als Schiedsrichter auftreten, sondern sich mit der Rolle eines Vermittlers begnügen wird. Es will mit Jedermann in gutem Einvernehmen bleiben. Aber trotz dieser Versicherung kann man aus der Art, wie Herr v. Bismarck auf die russischen Forderungen anspielt, leicht ersehen, was er von denselben hält. Er ist ihnen nicht günstig und nach seiner Auffassung ist der Friede von Paris und nicht der Friede von Adrianopel der Ausgangspunct der bevorstehenden Berathungen."

In Stuttgart ist am 23. Februar die evangelische Landessynode durch den Cultusminister von Goßler im Namen des Königs geschlossen worden. Der Minister drückte in seiner Schlußrede die Anerkennung der Regierung aus für den Geist und die Mäßigung, worin die Synode ihre Arbeiten, insbesondere die Kirchenverfassung, vollendet habe.

Die Wiener „Montagsrevue" meint, auch das Wiener Cabinet billige die Ansicht, daß eine einfache Wiederherstellung der seitherigen Zustände im Orient nach so namhaften Opfern Rußlands unmöglich sei; aber bei einem Kriege, der vorwiegend um moralischer Interessen willen geführt würde, dürfe man über diese nicht allzuweit hinausgreifen. Der Kriegsruhm, die Waffenehre und das Ansehen des staatlichen Namens müßten in den Siegespreis eingerechnet werden; für den Frieden bleibe es indessen entscheidend, daß nur ein solcher auf innere Berechtigung und unbedingte Billigung aller Mächte Anspruch habe, welcher die Bedingungen der praktischen Dauerhaftigkeit und die Schöpfung einer consolidirenden conservativen Ordnung der orientalischen Verhältnisse verbürge. Mit diesem Programme, welches Oesterreich auf der Conferenz vertreten werde, werde es sich nicht isolirt befinden. Nur das Interesse, den wirklichen Frieden herbeizuführen, stehe bei allen Mächten im Vordergrund, nicht Palliative, welche nur augenblickliche Gefahren beseitigen, um die ernsten und tiefgreifenden Gefahren eines unvermeidlichen Krieges heraufzubeschwören.

Unter dem Vorsitze des Kaisers Franz Josef wurde am 24. Februar ein Ministerrath abgehalten, in welchem die bei dem Grafen Andrassy begonnene Berathung über die Frage der Einberufung der Delegationen (behufs Erweiterung der Indemnität für eine weitere Zeit, im Hinblicke auf die in Aussicht stehende Conferenz) fortgesetzt wurde. Hierbei wurden auch etwaige Kundgebungen der verfassungsmäßigen Körperschaften angesichts der bevorstehenden Conferenz-Verhandlungen in Betracht gezogen.

Nach der Wiener „Montagsrevue" wurde in dem Ministerrathe über einen von dem Grafen Andrassy bei den Delegationen zu beantragenden Credit von 60 Millionen Gulden berathen, dessen Verwendung unter der Verantwortlichkeit der gesammten Regierung zu militairischen Dispositionen in dem Falle erfolgen soll, daß